

Kommentar

Misstrauen im Ständerat

Von Beni Gafner



So ratlos und konsterniert hat man einen Bundesrat nach einer Parlamentsdebatte kaum je gesehen. Verteidigungsminister

Ueli Maurer wurde vom vorläufigen Scheitern des Gripen im Ständerat vollends auf dem falschen Fuss erwischt. Im gleichen Mass überraschte das Resultat im Ständerat auch sämtliche Beobachter. Denn bis zur Abstimmung deutete, nach längerer Debatte, alles auf ein problemloses Durchstarten des Gripen hin: Die bürgerlichen Sicherheitspolitiker von CVP und FDP verhalfen dem Schweden-Jet im optimistischen verbalen Zusammenspiel mit Verteidigungsminister Maurer zum vermeintlichen argumentativen Höhenflug. Der bürgerliche Schulterchluss unter den regierungstreuen Sicherheitspolitikern funktionierte ähnlich wie kurz zuvor in der Wehrpflichtdebatte. Und dann dies: Panne, kurz vor dem Abheben! Zu den erwarteten elf Gegenstimmen der SP und den je zwei Stimmen von Grünen und Grünliberalen kamen auch noch je zwei Gegenstimmen von FDP und CVP. Einige fehlten oder enthielten sich der Stimme. Das verpasste absolute Mehr für das Aufheben der Ausgabenbremse, normalerweise eine reine Formalität, und das knappe 22 zu 20 zugunsten des Gripen kommen einem Misstrauensvotum gegen Armeeführung und Bundespräsident Ueli Maurer gleich.

Das Signal aus dem Ständerat ist im Hinblick auf eine Abstimmung äusserst negativ.

Damit ist die Ausgangslage für dieses Milliardengeschäft entgegen allen Kommunikationsbemühungen, Versprechungen und Beteuerungen von Befürworter- und Regierungsseite wieder völlig offen. Denn dieses Signal aus dem Ständerat ist nicht nur im Hinblick auf die Referendumsabstimmung von kommendem Frühjahr äusserst negativ, dasselbe gilt auch für die Nationalratsdebatte vom Sommer. Klar ist jetzt nämlich, dass sich nicht nur linke Pazifisten und Armeeabschaffer gegen den Gripen stellen, sondern auch Bürgerliche. Damit ist der Plan für die Durchsetzung dieses Risikoprojekts von Beratern um Verteidigungsminister Maurer, den dieser bis gestern teilte, bereits gescheitert. Der Entscheid für oder gegen den Gripen sollte nach diesem Plan zum Votum für oder gegen die Armee, ja sogar für oder gegen eine souveräne Schweiz gedreht werden. Dass dies bereits im ersten Anlauf misslungen ist, ist zu begrüssen. Die Unwägbarkeiten im Projektverlauf für einen Kampffjet, der erst noch fertig entwickelt werden muss, scheinen offenbar auch bürgerlichen Kreisen zu gross. Noch hat das Parlament Gelegenheit zur Korrektur. Die Chance auf ein Ja dürfte steigen, würde erwartet, bis das Produkt tatsächlich da ist und so auch Preis und Leistung klar sind.

beni.gafner@baz.ch Seite 4



Konfrontation statt Kooperation. Thomas Minder mit Boxhandschuhen im Kampf für sein Anliegen. Ist dies der richtige Weg für die Schweiz? Foto Keystone

Warum es zwischen Politik, Wirtschaft und Volk hapert

Es fehlt an gegenseitigem Vertrauen

Von Dominique Reber, Victor Schmid und Hugo Schittenhelm

Die Annahme der Initiative von Thomas Minder zeigt, dass die Wirtschaft und die Politik kommunikativ versagt haben und ein Vertrauensproblem zwischen Wirtschaft, Politik und Bevölkerung besteht. An die Stelle von faktenbasierten Diskussionen über das nachweisbare Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft in der Schweiz, welches klare Vorteile für alle Beteiligten bringt und das Land an die Weltspitze getragen hat, sind polemisierte Fingerzeigegetreten. Die Schuld an dieser Entwicklung tragen all jene, welche die Polemik der vergangenen Jahre nicht entschärft haben. Die Medienschelte an die Adresse der Wirtschaftsverbände greift viel zu kurz. Statt Sündenböcke zu suchen, braucht es nun das Engagement der Akteure der Wirtschaft und der Politik – sie müssen das Vertrauen der Bevölkerung wiedergewinnen. Denn auf der Agenda stehen neue Initiativen, die die Grundlagen des Wohlstands in ungleich höherem Masse infrage stellen.

Das Volk lässt sich nicht kaufen

Zunächst muss festgehalten werden: Es zeigt sich, dass die Demokratie der Schweiz funktioniert. Mit Geld und Kampagnen lässt sich das Volk nicht kaufen. Millionenbeträge helfen dabei, einem Thema Gehör zu verschaffen, damit ist aber noch keine Stimme gewonnen. Die manchmal sicher anstrengende, schweisstreibende und mühsame Überzeugungsarbeit mit Argumenten durch glaubwürdige Personen, Parteien und regionale Verbände von Industrie, Gewerbe und Gewerkschaften kann nicht durch Geld ersetzt werden. Auch wenn dies immer wieder behauptet wird. Selbst mit einem minimalen Budget und einer kleinen personellen Organisation kann grosse Politik gemacht werden. Dennoch ist die Annahme der Initiative von Thomas Minder beunruhigend, denn sie zeigt, dass polemische Debatten die politische Meinungsbildung immer stärker dominieren. Inhaltlich liegen ja der Gegenvorschlag und die Initiative sehr nahe beieinander, der klare Entscheid für die Initiative ist ein Denkmittel und nicht sachlich begründet. Es ist weder dem Bundesrat noch dem Parlament noch den Parteien und Wirt-

schaftsverbänden gelungen, die Bevölkerung mit sachlichen Argumenten zu überzeugen. Überwogen hat die Polemik um den Fall Vasella und die Kampagne der Wirtschaftsorganisationen.

Geringschätzung politischer Arbeit

Das Volksvotum belegt eindrücklich, dass den genannten Akteuren zunehmend das Verständnis für Aufgaben, Rollen und Prozesse sowie der gegenseitige Respekt fehlen. Etliche Wirtschaftsführer machen sogar öffentlich deutlich, wie wenig sie von politischer Arbeit halten. Ebenso viele Politiker zahlen ihnen diese Verachtung heim, mit wirtschaftsfeindlichen Grundhaltungen, fast als ob das Geld für soziale Umverteilung aus den Kellern des Bundeshauses käme. Die Wirkung dieser Fehlentwicklung ist, dass der tiefe Graben des Misstrauens zwischen politischer und wirtschaftlicher Elite die Bevölkerung verunsichert. Sie vertraut weder den einen noch den anderen und das ist in einer direkten Demokratie fatal. Wenn eine Gesellschaft zunehmend glaubt, dass die liberale Wirtschaftsordnung ihr mehr schadet als nützt, und sie gleichzeitig der Politik nicht mehr traut, dann wird sie Regulierungen unterstützen, welche sukzessive die bewährten Grundlagen unserer sehr erfolgreichen liberalen und sozialen Marktwirtschaft zerstören. Zu diesem grundsätzlichen Problem des Misstrauens zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren auf der einen Seite und der Bevölkerung auf der anderen Seite kommt zudem ein Kommunikationsproblem hinzu. Die Schweizer Wirtschaft ist immer stärker international vernetzt und globalisiert – dies ist einfach nachvollziehbar für technologische und regulatorische Vernetzungen. Wenn es dann an die Frage der Kapitalverflechtungen geht, allen voran Pensionskassenvermögen, wird es sehr komplex. Diese Verflechtung hat die Schweiz sehr stark gemacht, aber sie erhöht die Abhängigkeit und macht die politischen Entscheide entsprechend komplex. Für die Abwägung von politischen Entscheidungen und die Einschätzung von Auswirkungen ist es also seit Jahren immer wichtiger, Expertenwissen einzubeziehen und dies in immer mehr Dossiers. Der Abstand zwischen jenen, die ein Dossier wirklich verstehen, und jenen, die letztlich auf die Einschätzung Dritter vertrauen müssen bei ihrem (Volks-)

Entscheid, wird immer grösser. Die Akteure der Wirtschaft und der Politik stehen also immer stärker unter einem inhaltlichen Erklärungsdruck in Bezug auf die Zusammenhänge, damit sie Zustimmung erhalten. Es braucht immer öfter eine intensive Diskussion mit der Bevölkerung über die positiven und negativen Aspekte des Systems der sozialen Marktwirtschaft in einem globalisierten vernetzten Umfeld. Diese Diskussion braucht Raum, braucht Zeit, braucht glaubwürdige Akteure, die bereit sind, daran teilzunehmen – und wenn sie erfolgreich geführt werden soll, dann braucht es gegenseitiges Vertrauen. Man kann sogar so weit gehen und sagen, dass ohne gegenseitiges Vertrauen nichts mehr zu gewinnen ist. Diese Aufgabe müssten die politischen Parteien schultern. Bringen diese nicht das nötige Engagement auf, und sei es nur aus Gründen der Ressourcen, dann müssten sich die führenden Personen der Wirtschaftsverbände engagieren. Ein solcher Dialog ist dringend nötig, wenn man gute Rahmenbedingungen in diesem Land erhalten will. Es geht darum, zu überzeugen, mit klugen und richtigen Argumenten, nicht mit polemischen Statements oder mit lauten Kampagnen.

Es geht darum, zu überzeugen. Mit klugen Argumenten, nicht mit lauten Kampagnen.

Nach der Initiative von Thomas Minder sind nun also speziell die Akteure der Wirtschaftsverbände in der Pflicht, mit ihren Mitgliedern, den Handelskammern und Branchenverbänden sowie den grossen Unternehmen und in Partnerschaft auch mit dem Gewerbe, diesen gesellschaftspolitischen Prozess zu lancieren, der das Erfolgsrezept der Schweiz thematisiert und auch Wege für die Erneuerung des gesellschaftlichen Konsenses aufzeigt. Sie müssen auf die Bevölkerung zugehen. Das Problem ist dabei nicht der Inhalt: Der Erfolg der Schweiz über alle Gesellschaftsschichten ist ja gut dokumentiert und erforscht. Und es ist auch nicht zu spät für eine derartige Diskussion, wie manche Kritiker immer wieder einwerfen. Nun müssen einfach die Akteure aus der Wirtschaft «in die Hosen» – es ist an der Zeit, wieder Brücken zur

Bevölkerung zu bauen und «vom hohen Ross» zu steigen. Diese grundsätzliche Diskussion über die Vorteile der sozialen Marktwirtschaft soll also nicht dazu dienen, die unmittelbaren Bedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen, sondern eben gegenseitiges Verständnis für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch von Grenzen schaffen. Es muss betont werden: Eine Kampagne reicht nicht. Die Zeit drängt und ohne positive Handlung vertieft sich das Misstrauen zwischen Politik, Wirtschaft und Bevölkerung. Im Herbst könnte die 1:12-Initiative der Jusos zur Abstimmung kommen. Noch viel wichtiger wird dann die Abstimmung 2014 über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit Kroatien – diese kann zur Grundsatzabstimmung über die europäische Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Verträge werden. Es lohnt sich also durchaus für Politik und Wirtschaft, jetzt in den Bau von gesellschaftlichen Brücken zu investieren – klassische Kampagnen kommen zu spät und bringen nicht den gewünschten Erfolg.

Drei Kernbotschaften

Die Botschaften des Dialogs liegen auf der Hand: Erstens kann nur sozial verteilt werden, was zuvor geschaffen wurde – die wirtschaftliche Nachhaltigkeit des Systems Schweiz ist matchentscheidend zuvorderst und zuerst. Zweitens beruht der Erfolg der Schweiz auf einer liberalen Wirtschaftsordnung, in der Wettbewerb auf unterschiedlichen Ebenen ein wesentliches Element darstellt, und drittens ist Gerechtigkeit nicht zu verwechseln mit Gleichheit. Der Ansporn für Leistung liegt auch in der Ungleichheit. Die Schweiz muss aufpassen, dass diese produktive Spannung nicht aus dem Lot gerät. Vor allem aber steht die wirtschaftliche und politische Elite vor der Herausforderung nicht zu verlieren – auch dies muss offen angesprochen werden. Die Aufgabe eines der Akteure ist es, die gesellschaftspolitische Balance wiederherzustellen und zu zeigen, dass die Bodenhaftung da ist. Dann bestehen gute Chancen, dass das Vertrauen wiederhergestellt werden kann.

Die Autoren sind Partner der Kommunikations- und Wirtschaftsberatung Hirzel.Neef. Schmid Konsultanten AG in Zürich. Sie verfügen über langjährige Erfahrung im Bereich der politischen Kommunikation.